

Rede von Gerhard Schröder (Dortmund, 4. Juli 1962)

Legende: Gerhard Schröder, Bundesaußenminister von 1961 bis 1966, unterstreicht in seiner Rede vom 4. Juli auf dem Parteitag der Union in Dortmund die Bedeutung eines politischen Zusammenschlusses Europas.

Quelle: SCHRÖDER, Gerhard. Wir brauchen eine heile Welt, Politik in und für Deutschland. DR. RAPP, Alfred (Hrsg.). 2. éd. Düsseldorf-Wien: Econ-Verlag GmbH, 1964. 283 S.

Urheberrecht: (c) Gerhard Schröder

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_gerhard_schroder_dortmund_4_juli_1962-de-8b1b969b-0252-4b5c-9f14-e8755d2c4410.html

Publication date: 22/10/2012

Rede von Gerhard Schröder (Dortmund, 4. Juli 1962)

[...]

Die politische Einigung folgt nicht automatisch der wirtschaftlichen. Es bedarf vielmehr immer wieder politischer Entscheidungen, politischer Impulse und unablässiger Energie, um den wirtschaftlichen Einigungsprozeß mit dem politischen zu harmonisieren. Diese Harmonie aber ist notwendig. Ich kann mir keine europäische Gemeinschaft vorstellen, die wirtschaftlich eine Großmacht, politisch aber schwach und zu einheitlichen Aktionen unfähig ist.

Dabei ist von entscheidender Bedeutung, die politischen Schritte zur richtigen Zeit zu tun. Das ist keine taktische oder methodische, sondern eine essentielle Frage, die über Erfolg oder Fehlschlag unseres großen Vorhabens entscheidet.

Die Griechen hatten den rechten Zeitpunkt - Kairós - als Gottheit dargestellt, die man »beim Schopf« ergreifen mußte, wenn man einen Plan ins Werk setzen und erfolgreich beenden wollte. Mir scheint, wir müssen sehr darauf achten, daß uns dieser flüchtige Genius nicht entgeht und daß wir die Stunde Europas nicht versäumen.

Es ist kein Geheimnis, daß über die Form, die das künftige Europa politisch, verbinden soll, noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Offensichtlich kann man sich über Wirtschaftsorganisationen leichter verständigen, weil dort die Tatbestände und die Entwicklungen zwingender und sichtbarer sind, sich meistens sogar in Zahlen ausdrücken lassen, während die politischen Tatbestände schwerer beweisbar sind, die politischen Institutionen oft erst bei kritischer Belastung zeigen, ob sie fest und tragfähig, oder ob sie zerbrechlich sind.

Die Geschichte hat unserer Generation die Aufgabe der europäischen Einigung in einer Zeit gestellt, da die Welt vielfachen Wandlungen unterworfen ist. Das Entwicklungstempo der Wirtschaft, Technik, der Strategie und des Verkehrs beschleunigt sich ständig. Wenn wir auch den »Geist der Weltgeschichte« nicht mit Sicherheit zu erkennen vermögen, so scheinen doch alle Symptome auf eine fortschreitende politische Einigung und engere Verflechtung der Nationen zu deuten.

Dieser Fortschritt hat seine eigenen Gesetze. Wir können ihn nicht unseren überkommenen politischen Vorstellungen anpassen, sondern wir müssen unsere Vorstellungen dem Fortschritt angleichen, wenn wir nicht überholt werden wollen. Vor dieser Notwendigkeit stehen übrigens nicht nur wir in der freien Welt, sondern ebenso die kommunistischen Regierungen, die zu den merkwürdigsten ideologischen Seiltänzen gezwungen werden, um das Bild unserer heutigen Welt mit dem ihrer Klassiker Marx und Lenin in Übereinstimmung zu bringen. Einige kommunistische Regierungen sind ja inzwischen auch schwindlig geworden oder abgesprungen.

Die freie Welt ist zwar durch keine derartig veraltete politisch-wirtschaftliche Dogmatik gefesselt; dennoch vollzieht sich auch unser politisches Denken vielfach in Vorstellungen, die in langer historischer Entwicklung gewachsen sind, und von denen sich zu trennen, insbesondere den traditionsreichen europäischen Völkern schwerfallen muß. Es ist notwendig, mit strengem Maßstab zu prüfen, was an diesen Vorstellungen für uns heute wesentlich und was entbehrlich ist. Ich sage »mit strengem Maßstab«, weil unzeitgemäße und nicht mehr tragfähige Vorstellungen für den Aufbau der neuen politischen Gemeinschaft Europas zu verwenden, nicht nur diese Ordnung an sich, sondern auch die Existenz unserer Völker in jeder ersten Krise gefährden würde.

Gerade zwei europäische Völker mit einer glanzvollen Geschichte haben in jüngster Zeit Beispiel dafür gegeben, daß sie, vor wichtige Entscheidungen gestellt, ihre Zukunft nicht der Tradition opfern: Frankreich bei der mit schmerzlichen Opfern belasteten Lösung des Algerien-Problems; Großbritannien, als es sich entschloß, um Beitritt zu der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nachzusuchen.

Der politische Zusammenschluß Europas verlangt seinen Preis. Alle Staaten werden Rechte auf die

Gemeinschaft übertragen müssen, wenn diese Gemeinschaft einen Sinn haben und aktionsfähig sein soll. Doch die Opfer, die von den einzelnen Staaten gefordert werden müssen, werden sicher nicht so schmerzlich sein, wie es manchen jetzt scheinen mag.

Die Geschichte der Völker, ihr Charakter, ihre Kultur, Sprache, Begabung, politische Erfahrung, die Vielfalt ihrer Lebensführung werden und dürfen in einem geeinten Europa nicht untergehen, sondern sollen gerade in dieser engeren Verbindung fruchtbar werden. Europa soll durch die Einigung nicht ärmer, sondern reicher werden.

Mit besonderer Befriedigung sehen wir, daß Großbritannien sich dem Gemeinsamen Markt nähert. Wir wissen, wie politisch schwer dieser Entschluß einem Lande fallen mußte, das seinen Blick und seine Kraft seit Jahrhunderten auf andere Erdteile gerichtet hatte und das heute noch eng mit dem Commonwealth verbunden ist. Ich möchte noch einmal deutlich erklären, daß die Bundesregierung alles tun wird, was in ihren Kräften steht, um den Beitritt Großbritanniens im Rahmen der Verträge zu ermöglichen.

Wir sind der Auffassung, daß die geschichtliche Entwicklung Großbritanniens heute mit zwingender Kraft auf die europäische Gemeinschaft zuführt, um aus dieser Gemeinschaft den festen, starken Gegenpfeiler zu machen, auf dem das Bündnis Amerika-Europa diesseits des Atlantiks dauerhaft ruhen kann.

[...]